



50 Jahre Römische Verträge – Von der westeuropäischen Nachkriegsordnung zur „Festung Europa“?

von Johannes M. Becker, Ring-VL ZfK/ISEM 23. April 2007

Die Europäische Union (EU) ist 50 Jahre alt geworden. Nach drei großen Kriegen hatten sich in erster Linie Frankreich und (West)Deutschland von einer Politik der Konfrontation losgesagt und waren zur Kooperation übergegangen: Die westeuropäische Nachkriegsordnung entstand. In ihrem Sog wurde über nunmehr 50 Jahre hin eine wirtschaftliche Organisation aufgebaut, die heute mehr und mehr politische Qualitäten annimmt und nach mehreren Erweiterungswellen 27 Staaten umfasst. Ein Krieg zwischen diesen 27 europäischen Staaten erscheint heute ausgeschlossen. Kritikerinnen und Kritiker der EU-Politik sprechen freilich auch von der „Festung Europa“. Ich argumentiere in acht Punkten.

- 1. Die europäische Einigungsdynamik beginnt 1945, und nicht bspw. 1871 oder 1918, weil Westeuropa nach dem II. Weltkrieg einer besonderen politischen und wirtschaftlichen Konstellation unterlag.**

Was hatte sich 1945 fundamental verändert?

Der Zweite Weltkrieg (1939 – 1945) hatte eine Reihe von neuen Qualitäten gezeitigt.

- Extrem hohe Opferzahlen waren insbesondere unter der Zivilbevölkerung zu beklagen – dies betraf neben der sowjetischen (27 Millionen Tote insgesamt) und chinesischen Bevölkerung (ca. 10 Millionen Tote) auch die 6 Millionen Menschen jüdischer Herkunft, die dem Holocaust zum Opfer fielen; die Bombardierungen der deutschen Städte verdeutlichten das Phänomen auch hierzulande (Tote in Deutschland insgesamt: 5,5 Mio.). Insgesamt verloren im Zweiten Weltkrieg mehr als 60 Millionen Menschen ihr Leben.
- Das Ausmaß der Zerstörungen an Natur, Infrastruktur, Wohngebieten, Produktionsanlagen übertraf alles bisher Gekannte. Eine allgemeine Stärkung der Feuerkraft, der Marinen und der Luftwaffen hatte hierzu zentral beigetragen.
- Die territorialen Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges waren ungekannt – ein Großteil der Welt und ihrer Staaten war involviert gewesen.

- Die durch den Weltkrieg ausgelösten Deportations-, Vertreibungs- und Flüchtlingsbewegungen betrafen etwa 20 Millionen Menschen; 14 Millionen von ihnen sollten nach Deutschland strömen.
- All diese Faktoren und insbesondere die Entwicklung und der Abwurf der Atombomben im Jahre 1945 durch die USA auf Hiroshima und Nagasaki (etwa 200.000 Tote) legten für nüchterne Zeitgenossinnen und Zeitgenossen den Schluss nahe: Europa wird einen Dritten Weltkrieg nicht überleben!

Die geopolitischen Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges für die westeuropäischen Staaten verstärkten diesen Eindruck:

- Die Staaten Westeuropas fanden sich nun, nach 1945, eingeklemmt zwischen den beiden – in der Realität - alleinigen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, der Sowjetunion auf der einen, den USA auf der anderen Seite, wieder. UdSSR und USA waren inmitten Europas, inmitten Deutschlands, militärisch, politisch, ökonomisch und kulturell präsent.
- Und die dominierenden Mächte der Nachkriegszeit trafen aufeinander im Herzen Deutschlands, an der Elbe, und in Berlin!
- Dieser Eindruck der Zangenlage kleiner Staaten, eingeschlossen die Angst vor einem tiefgreifenden Identitätsverlust für Westeuropa, wurde verstärkt durch die beginnende Entkolonialisierung, die stetige Auflösung der Kolonialreiche vor allem Großbritanniens und Frankreichs nach 1945. Europass ehemalige Großmächte verloren atemberaubend schnell ihre Weltgeltung.
- Erleichtert wurde der beginnende Einigungsprozess in Westeuropa überdies durch die neue Einsicht, dass man nun, im Angesicht der beiden Supermächte, politisch (wie ökonomisch) „im selben Boot“ säße: im Boot des Antikommunismus, des Kapitalismus, der Marktwirtschaft.

Die ersten Organisationen des sich vereinenden Westeuropa waren

- die 1948 gegründete Westeuropäische Union (WWU), ein damals noch gegen einen potentiellen deutschen Militarismus gerichtetes Militärbündnis,
- die ebenfalls 1948 gegründete Organization for European Economic Cooperation OEEC (die heutige OECD),
- der Europarat (1949) sowie
- die vermutlich wichtigste Vorläuferorganisation von EWG und EU, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre 1951.
- Zeitgleich mit der EWG wurde, auch dies ein politisches, wirtschaftliches ebenso wie diplomatisches Signal ersten Ranges, die Europäische Gemeinschaft für nukleare Zusammenarbeit (EURATOM) gegründet.

Die Rolle der USA in der europäischen Nachkriegsordnung sollte sich als bedeutend erweisen: Die amerikanischen Strategen verzichteten weitestgehend auf Reparationen und auf eine Demontage der westdeutschen Industrie und ihrer Rohstoffe und bauten - im Gegenteil – die junge Bundesrepublik als Vorposten des Kapitalismus, gleichsam als sein „Schaufenster“ auf; dies geschah u.a. durch die Marshall-Plan-Hilfe. Diese US-Politik war wesentlich verantwortlich für das Zustandekommen des sog. „Wirtschaftswunders“.

Das (west)deutsche „Wirtschaftswunder“

Westdeutschlands Wirtschaft kam, insbesondere nach der Währungsreform von 1948, rasch wieder auf Touren. Enorme Zuwächse beim Brutto-Inlands-Produkt (BIP) kennzeichneten die Lage. Allerdings lag dem Ganzen weniger ein „Wunder“ zu Grunde, also eine gleichsam

unerklärbare Entwicklung, sondern die westdeutsche Wirtschaft profitierte – schlicht und einfach - von einer Reihe historisch einmaliger Umstände:

1. Die Zerstörungen der westdeutschen Industrie 1945 waren weit weniger schlimm als erwartet (und „offen-sichtlich“). Nur 20 Prozent der westdeutschen Industrie erwiesen sich 1945 als zerstört.

2. Auf die für die Wirtschaft förderliche Reparationspolitik vor allem in der britischen und US-amerikanischen Zone, d.h. den weitgehenden Verzicht der beiden anglosachsonen Mächte auf Reparationsleistungen, wurde bereits oben hingewiesen.

3. Im Jahre 1947 starteten die USA auf Vorschlag des Generalstabschefs und Militärberaters Präsident Roosevelts, C. G. Marshall, das European Recovery Program (ERP) - ein wirtschaftliches Hilfsprogramm mit dem erwünschten Nebeneffekt der Implantierung marktwirtschaftlichen Denkens nach dem Vorbild der USA. Von den insgesamt ca. 13 Mrd. US-\$ Krediten (hinzu kamen erhebliche Sachleistungen) erhielt die Bundesrepublik einen überdurchschnittlichen Teil (ca. 3,3 Mrd. \$, die – gemessen an der zeitgenössischen Kaufkraft - natürlich einen weitaus höheren Wert hatten als heute). Diese Marshallplan-Hilfe vonseiten der USA diente zweifellos als Katalysator zu Wiederankurbelung der Produktion, vor allem zur Behebung der partiell durchaus überschaubaren Schäden (s.o.).

4. Die auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam festgelegte massenhafte Vertreibung („Aussiedlung“) von Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland führte Deutschland über 16 Millionen Menschen zu – das Gros hochmotiviert und willens, sich rasch eine neue Existenz aufzubauen und sich dabei vor der ansässigen Bevölkerung zu behaupten. Die Masse dieser Flüchtlinge ging nach Westdeutschland, das in der Folge unter Massenarbeitslosigkeit litt und bis zu deren völligem Abbau in den Jahren 1957/58 für die Wirtschaft ein Niedriglohngelände war. Die Unternehmen profitierten hier von ungemein.

5. Zeitgleich standen die USA im Koreakrieg (1950 – 1953) und kurbelten kurzfristig wieder ihre Kriegs- d.h. Rüstungsproduktion an; die Bundesrepublik übernahm teilweise ihre Märkte, v.a. im Eisen- und Stahlbereich.

6. Nicht zu unterschätzen: Westdeutschland hatte bis 1945 keine Militärausgaben (noch ein Industrieland der Erde hatte ebenfalls keine Armee bis weit in die 50er Jahre: Japan.).

7. Die Währungsreform von 1948 führte zu einer weitgehenden Kontinuität der sozialen Verhältnisse in Westdeutschland: Guthaben wie Schulden wurden 10 : 1 (Reichsmark : DM) getauscht – Immobilien (natürlich) 1 : 1. Es gab politisch keinen Systemwechsel, es gab sozial in Westdeutschland keine "Stunde 0", die Besitzverhältnisse blieben unangetastet. Diese soziale Kontinuität gewährleistete Stabilität.

Das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ reduziert sich also auf ein durchaus erklärbares sozioökonomisches Phänomen. Die junge Bundesrepublik profitiert – neben ihrer geographischen Lage an der Systemgrenze - von einer Reihe außerordentlicher Umstände und Entwicklungen.

Frankreich und Deutschland werden die Motoren der Integration Westeuropas. Mitte der 50er Jahre überholte die westdeutsche die französische Wirtschaft in ihrer Leistungskraft.

* In dem Moment, als Frankreich die Schnelligkeit und Heftigkeit der u.a. von den USA geförderten wirtschaftlichen Erholung der Bundesrepublik erkannte und einsah, dass seine Pläne der Eindämmung des deutschen Einflusses scheiterten, änderte das Land seine Strategie: der Feind wurde nun „umarmt“ (de Gaulle); Kontrolle des deutschen Nachbarn durch Kooperation lautete jetzt die Devise. Eine Intensivierung der Kooperation zwischen Bonn und Paris wurde vorgenommen – der deutsch-französische Vertrag von 1963 ist der beste Ausweis dieser neuen Politik.

* Für die Bundesrepublik stellte sich die Lage anders dar: Sie sah sich in vielen Politikbereichen unter einem großen politischen Legitimationsdruck (das Stigma hieß „Auschwitz“) und demonstrierte durch ihre Kooperation im westeuropäischen Rahmen und durch die Einbettung aller Politikfelder in Bündnissysteme, dass deutsche Alleingänge (vergleichbar dem Faschismus) nicht mehr zu befürchten waren.

Ein zentrales Ergebnis der europäischen Integrationsschritte bis zum Ende der 50er Jahre ist sicherlich die dauerhafte Einbindung des „furor teutonicus“, d.h. (West)Deutschlands, in Bündnisstrukturen, die diesem nationalistische Alleingänge wie nach 1933 verunmöglichten. Auf der anderen Seite bot die EWG der mit dem Stigma „Auschwitz“ behafteten BRD auch ein hervorragendes Sprungbrett für eine rasche Reintegration in Politik und Wirtschaft.

Ein weiteres, auch mittelfristig wirksames Ergebnis des Einigungsprozesses ist die Tatsache, dass die nächst sechs Gründerstaaten (Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien, Frankreich und Westdeutschland), die dann nach einigen Erweiterungen 15 westeuropäischen Staaten nach 1945 keinen Krieg mehr gegeneinander geführt haben und dieses heute auch schwer vorstellbar ist (wobei dies auch als Konsequenz der Blockkonfrontation des Kalten Krieges betrachtet werden muss). Nach der Aufnahme von 12 ost- und südosteuropäischen Staaten, gilt dies sicherlich auch für die EU der 27. Dennoch führten vor allen die ehemaligen Kolonialstaaten Großbritannien Frankreich, Belgien, Spanien und Portugal bis in die 80er Jahre hinein blutige Kriege um ihr untergehendes Kolonialreich; auch heute ist die britische wie die französische Militärkultur von Interventionismus, freilich außerhalb der EU-Grenzen, gekennzeichnet. Schließlich darf bei der Rede von einer von Frieden geprägten europäischen Nachkriegsordnung nicht außer Acht gelassen werden, dass EU-Staaten an der Seite der USA in die völkerrechtswidrigen Kriege in Jugoslawien, Afghanistan und zuletzt Irak involviert waren und sind. Der militärpolitische Friede ist also ein EU-internes Phänomen.

2. Die Sicherheitspolitik der EWG, später EU war zwischen Paris und Bonn/Berlin jahrzehntelang umkämpft.

Die westeuropäischen Kernstaaten, nun allesamt Kleinstaaten mit Kriegsfolgen, mit sich auflösenden Kolonialreichen, mit massenpsychologischen Verwerfungen nach Faschismus und Weltkrieg u.v.m., taten sich nach 1945 schwer, sich auf eine abgestimmte Sicherheitspolitik zu einigen. Zunächst musste Frankreich 1954/55 die bittere Pille der deutschen Wiederbewaffnung¹ schlucken, nachdem seine politische Klasse bis 1952 versucht hatte, das Unabwendbare, weil von den USA Vorangetriebene, abzumindern durch die Gründung einer Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft (EVG), in der die Truppen Westdeutschlands alle einer europäischen Integration unterliegen sollten. Danach begann ein Ringen um die Ausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik auf einer neuen Ebene.

- **Paris** versuchte fortwährend, die 1948 gegründete WEU (Westeuropäische Union, seinerzeit gegen einen potentiell wieder erstarkten deutschen Militarismus gegründet!) als Instrumentarium einer von Frankreich mit seinen Atomwaffen und Überseebesitzungen dominierten europäischen sicherheitspolitischen Identität aufzubauen. Die WEU hatte und hat den Vorteil, dass sie ohne US-Einfluss agieren kann.

¹ Sh. hierzu: Becker, J.M.: Die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland und das deutsch-französische Verhältnis. Marburg (Hitzeroth, Restex. beim Verf.) 1987.

- **Bonn**, und an seiner Seite **London**, favorisierte eindeutig eine US-Orientierung und legte den deutlichen Schwerpunkt der Sicherheitspolitik auf die US-geführte NATO. Deutlichster Ausdruck der bundesdeutschen Haltung waren die Verhandlungen um den „Deutsch-französischen Vertrag über Zusammenarbeit“ (Elysée-Vertrag) von 1963. Das Frankreich de Gaulles hatte vergeblich versucht, die EWG, die Vorläuferin der heutigen EU, zu einer **politischen** Union, freilich unter französischer Führung, zu entwickeln (u.a. Fouchet-Pläne). Die Bundesrepublik versuchte unbedingt, die USA- und NATO-Orientierung betonen, andere Staaten wollten nur wenig Souveränität aufgeben; andere wiederum planten, Großbritannien in die EWG zu integrieren, um einer möglichen französisch-deutschen Hegemonie zu begegnen. Der im Jahr 2003 so hochgelobte Elysée-Vertrag dokumentiert die Niederlage de Gaulles und der „Europäer“ auf der ganzen Linie: Es wurde nämlich dem Vertrag vor der Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag am 16. Mai 1963 eine Präambel hinzugefügt, in der **die Priorität der US- wie der NATO-Orientierung der BRD sowie die Einbeziehung Großbritanniens in den weiteren europäischen Einigungsweg** bekräftigt wurden; auch die USA hatten auf diese Präambel gedrängt.

Diese Interessendifferenz sollte bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes zu Beginn der 90er Jahre andauern. Selbst Versuchsballons wie die Gründung der **deutsch-französischen Brigade** oder des **Euro-Korps**, beide nicht von großer militärischer, sehr wohl politisch-symbolischer Relevanz, unterstanden der Frage:

- a) Wie weit ist Frankreich bereit, sich (nach seinem NATO-Austritt, genauer: dem Austritt aus der militärischen Integration, 1966) wieder dem US-dominierten Bündnis anzunähern?

versus:

- b) Wie weit ist die Bundesrepublik bereit, von den USA und von der NATO unabhängige europäische Wege zu gehen?

3. Neue Konstellationen ergeben sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes.

Der Zusammenbruch von UdSSR und Warschauer Vertragsorganisation (WVO) sowie der deutsche Einigungsprozess brachten Bewegung in das westeuropäische sicherheitspolitische Kräftespiel. In den politischen Klassen Frankreichs, Großbritanniens und der USA herrschte eine Zeitlang Ungewissheit über den weiteren, vor allem europapolitischen Kurs der nun – mit 82 Millionen Menschen - größten und wirtschaftlich leistungsfähigsten Nation der EU. „Großdeutschland“ wurde für eine kurze Zeit zum geflügelten Wort in Pariser und Londoner Medien.

Wesentlich Frankreichs Staatspräsident Mitterrand ergriff die Initiative und band die Bundesrepublik über den

- Vertrag von Maastricht im Jahre 1992 („**Maastricht II**“) mit vor allem der Fixierung einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (**GASP**) als eigenständiger Säule beim Bau des europäischen Hauses sowie
- über die Pläne zur Einführung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik („**EURO**“) in der Folgezeit von Maastricht

stärker und endgültig an die EU. Vorausgegangen waren Fehlschläge Frankreichs und der übrigen Staaten der EU, via Treuhand stärker vom Integrationsprozess der DDR in die BRD zu profitieren.

Die EU erweiterte sich nun, am 1.5.2004 sowie am 1.1.2007, erstmals in Richtung Osten: Zwölf Staaten aus dem ehemaligen Einflussbereich der Sowjetunion banden sich an das westeuropäische Bündnis.

4. Heute ist die EU eines der ökonomischen Kraftzentren der Erde.

Die EU der 27 erwirtschaftet mit ihren etwa 500 Millionen (von 6,5 Mrd.) Menschen ein knappes Drittel des Reichtums der Erde, sie hält einen großen Teil der Weltwährungsreserven, sie ist in ökonomischen Schlüsselbereichen der zentrale Konkurrent der USA geworden. Japan erholt sich langsam von einer jahrelangen Krise; die VR China und Indien holen zwar mit großen jährlichen Zugewinnen auf, werden das Leistungsniveau der beiden großen Weltmächte allerdings erst in etwa zwei Jahrzehnten erreichen. Das europäische Bündnis hat zwei Sitze im Ständigen Sicherheitsrat der UN inne, Verhandlungen über einen Sonderstatus Deutschlands sind im Gange.

Von den weltweit für Rüstung aufgewandten etwa 1.000 Milliarden Euro geben die EU-Staaten etwa ein Fünftel aus, die USA knapp die Hälfte.

Unter den fünf führenden Rüstungsexportnationen der Erde finden sich mit Frankreich, Deutschland und Großbritannien drei EU-Staaten; der EU-Anteil am Gesamt-Rüstungsexport im vergangenen Jahr fünf betrug knapp 30 Prozent (und lag somit gleichauf mit dem der USA und Russlands).

5. Die aktuellen Militarisierungstendenzen der EU folgen der Logik, man müsse der neuen Weltordnung der „Unilateralität“ mit den USA als alleiniger Supermacht etwas Gleichwertiges „auf Augenhöhe“ entgegensetzen.

Aus einem nicht konfliktfreien Verhältnis zwischen den USA und den europäischen Kriegsteilnehmerländern während des Jugoslawienkrieges zog die EU auf ihrem Gipfel von Helsinki 1999 vielfältige Konsequenzen, u.a.:

1. Es wurde der Aufbau einer **europäischen Eingreiftruppe** beschlossen. Diese soll 60.000 Soldaten umfassen und innerhalb weniger Wochen einsatzbereit sein. Deutschland mit 18.000 (!), Großbritannien mit 12.500 und Frankreich mit 12.000 Soldaten werden das Gros des Personals stellen. (Für den Fall längerfristiger Konflikte muss man vom Dreifachen an erforderlichen Soldaten ausgehen.) Der Aktionsradius der europäischen Truppe soll 4.000 km um Brüssel herum betragen.
2. Die Forcierung des Baus des weltraumgestützten „**GALILEO**“-Systems soll die EU-Defizite in der Informationsbeschaffung beseitigen.²
3. Das westeuropäische Konsortium AIRBUS wird nun einen militärischen Transporter, den **A 400M**, herstellen.
4. Die EU sollte, so die Idee von Helsinki, ursprünglich weitgehend eigenständige **Führungs-Strukturen** neben denen der NATO aufbauen: einen Militärstab, einen Militärausschuss mit den Generalstabschefs der EU-Länder und einen politischen Ausschuss.

² Hierzu „denkpause“ 21 v. 8.7.03, Hrsg. GUE/NLG im Europäischen Parlament. Mit den über 30 Satelliten von Galileo wird es, dem US-System GPS vergleichbar, möglich sein, Waffen mit einer Treffgenauigkeit von 4 (!) Metern einzusetzen (GPS: 10 Meter).

Schon im französisch-britischen Gipfel von St. Malo 1998 hatte sich eine Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit angekündigt, als es in der Abschlusserklärung geheißen hatte, die EU müsse in der Lage sein, „ihre Rolle in der internationalen Arena voll und ganz wahrzunehmen“. Dazu benötige sie „eine autonome Handlungskapazität, unterstützt von glaubwürdigen Streitkräften mit den Mitteln und der Bereitschaft, die zu nutzen“ (zit. nach Fuchs 2004, S. 2). Auf der EU-Ratstagung in Köln im Juni 1999, nur kurz nach dem Beginn des Jugoslawienkrieges, wurden dann entscheidende Strukturen geschaffen: ein politisches und militärisches Komitee, ein Militärausschuss und ein Militärstab. Schließlich wurde der frühere NATO-Generalsekretär Javier Solana zum „Hohen Vertreter für die GSAP“ ernannt – Solana u.a. deshalb, um einen Bruch mit der NATO nicht sichtbar werden zu lassen. Im Dezember 1999 wurden dann die o.a. konkreten Rüstungsbeschlüsse gefasst.

1. Im November 2004 (NZZ v. 23.11.2004) vereinbarten die Verteidigungsminister der EU die Gründung insgesamt 13 schnell verlegbarer Kampfgruppen („battle groups“). Diese werden 1.500 bis 2.000 Soldaten umfassen und binnen fünf bis zehn Tagen einsetzbar sein „Diese mobilen Verbände sind als militärischer Muskel der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) vorgesehen.“ Im Jahre 2007 sind die ersten „battle groups“ einsatzbereit – ein weiterer Beweis des EU-Willens zum Aufbau von starken, hoch mobilen Interventionskapazitäten. Die Kampfgruppen (so die FAZ im Vorfeld der Aufstellung, am 12.2.2004) sollen „30 bis 120 Tage lang auf sich allein gestellt und in größerer Entfernung vom Territorium der EU Kampfaufträge erfüllen können“. Die Verbände sind u.a. zur Unterstützung der UNO vorgesehen, auch die neutralen Länder Schweden, Finnland und Österreich wollen sich – neben Deutschland, Frankreich Spanien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg, beteiligen. Deutschland plant überdies gemischte „battle groups“ mit Polen, Tschechien, der Slowakei und Lettland. Die Neue Zürcher Zeitung zeigt den Zusammenhang mit den oben aufgezeigten Maßnahmen der EU auf: „Falls die EU ihren sicherheitspolitischen Ambitionen tatsächlich nachkommt, werden diese „Battle groups“ zu supermobilen Komponenten der bereits verfügbaren EU-Eingreiftruppe, die binnen 60 Tagen insgesamt 60.000 Soldaten, 400 Flugzeuge und 100 Schiffe zu mobilisieren vermag.“

Auch im – 2005 an Referenden in den Niederlanden und Frankreich gescheiterten – EU-Verfassungsentwurf spielte die Aufrüstung eine wichtige Rolle: Hier sollten die EU-Staaten zur Aufrüstung verpflichtet werden. (Eine bremsende Rolle bei der Militarisierung der EU spielen einstweilen noch ihre vier neutralen Staaten Finnland, Irland, Österreich und Schweden.)

6. Ökonomisch stellt sich die „Festung Europa“ dar als Subventionsmacht für ihre Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer nur wenig Rücksicht nimmt.

Etwa die Hälfte des EU-Haushaltes (2007, ca. 126 Mrd. €) fließt in den Agrarsektor, ein weiteres Drittel in Strukturmaßnahmen für Industrie und Dienstleistungen. So werden Strukturprobleme in bestimmten Regionen, bspw. die Massenarbeitslosigkeit in den Neuen Bundesländern Deutschlands, mit Brüsseler Geld angegangen. Die Land-Stadt-Flucht wird einzudämmen versucht, die Mobilität von Schülerinnen und Schülern wie auch Studierenden gefördert.

Neben vielen sinnvollen Maßnahmen wird aber auch eine Subventionspolitik praktiziert, die den Entwicklungsländern einen fairen Zugang zu unseren Märkten verwehrt (z. B. bei Zucker

oder Baumwolle). Mittel- und langfristig werden hier die ökonomischen Machtverhältnisse, sprich: das 20/80-Verhältnis, zementiert, Weltweit wurden in 2006 etwa

- 100 Milliarden Euro an Entwicklungshilfe aufgebracht,
- jedoch gleichzeitig etwa 240 Milliarden Euro für die Abschottung unserer Märkte ausgegeben.

Die EU dürfte an diesen beiden Summen mit jeweils etwa einem Drittel beteiligt sein.

7. Wie könnte und sollte eine zukunftssträchtige Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der EU der 500 Millionen aussehen?

In der Innen- und Sozialpolitik hat die EU über die bereits geschilderten Phänomene hinaus wesentliche Defizite in ihrem Einigungsprozess zu bearbeiten. Die betrifft bspw. die Befugnisse ihres Parlaments, das hinter dem Einfluss der Nationalstaaten qua EU-Ministerrat und hinter dem Einfluss der überstarken, zudem nicht demokratisch legitimierten Exekutive, der Europäischen Kommission, nahezu rechtlos ist. Bspw. hat das EU-Parlament, das seit 1979 direkt vom Volk gewählt wird, neben der Tatsache, dass es kein Gesetzesinitiativrecht hat, bei militärpolitischen Entscheidungen lediglich beratende Funktion. Dies betrifft zum zweiten die Grundanlage der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die, hier ist ein Blick in den Verfassungsentwurf von 2005 erhellend, von neoliberalistischen Strukturen geprägt ist, was im Übrigen für die Ablehnung des Entwurfes in den Niederlanden wie in Frankreich von entscheidender Bedeutung war. Es scheint derzeit (Stichwort: Bolkestein-Richtlinie), dass die einzelnen EU-Regierungen eine Angleichung des europäischen Sozialstandards nicht etwa nach oben, d.h. skandinavische oder auch westeuropäische Verhältnisse, sondern an die niedrigeren Standards der neu Beigetretenen anstreben. Auch ist unübersehbar, dass von den „vier Freiheiten“ innerhalb der EU (Freiheit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) die ökonomisch mächtigen Staaten überdurchschnittlich profitieren. Bspw. haben deutsche Lebensmittelkonzerne nun ungehinderten Zugang zu den Märkten von der polnischen Ostgrenze bis zur Atlantikküste Portugals und zerstören dort jahrzehntelang eingespielte Strukturen. So agieren die großen Banken der starken EU-Länder ungehemmt, viele weitere Beispiele wären anzufügen. Auf der anderen Seite haben bislang alle beigetretenen Länder von der Integration in die EU profitiert: Griechenland, Portugal, Spanien oder auch Irland so haben die Nachteile ihrer Peripherie-Lage kompensieren können (Irland hat gar sein jahrzehntelanges Ausbluten in eine ungeahnte Prosperität umlenken können.) Ob dies freilich auch für die zuletzt beigetretenen zehn, bzw. zwölf Staaten Ost- und Südosteuropas gilt, muss abgewartet werden; deren Produktivitätsabstand ist u.U. zu groß für die ökonomisch hochentwickelten 15 EU-Staaten, um eigene, dazu teilweise erst in den vergangenen 15 Jahren entstandene Strukturen überleben zu machen..

Wenden wir uns der Sicherheitspolitik der EU zu. Löst die Militarisierung der EU die fatalen Konsequenzen der Unilateralität? Schützt sie den Staatenbund der 27 vor Krieg und Terrorismus? Muss eine Sicherheitspolitik, die ihren Namen wirklich verdient, nicht einer anderen Logik folgen?

Eine gängige These der herrschenden Politik lautet, wenn die EU den USA militärisch „etwas entgegensetzen“ hätte, werde die Erde wieder zur Lage vor 1991 zurückkehren. Ein Vergleich mit der Zeit des Kalten Kriegs und des atomaren Patts der 70er und 80er Jahre hinkt jedoch an einer entscheidenden Stelle: Die USA und EU sitzen politisch und ökonomisch in einem, dem kapitalistischen Boot. Sie müssen keine Rücksichten mehr nehmen auf die Wirkung ihrer Politik in anderen Teilen der Erde – außer beim Kontrahenten. Beide Mächte verfolgen Hegemonieabsichten und unterstehen dem starken Druck

gigantischer, heute supranational organisierter, privater Konzerne, die bspw. ein Interesse an der Erschließung von Öl- oder Gas-Feldern haben, ein Interesse an Rüstungsexport, ein Interesse an der Abschottung ihrer Märkte gegen die Importe der Entwicklungsländer u.v.m. Interessenskollisionen sind da nicht ausgeschlossen: In Paris bspw. heißt es in der politischen Klasse unverhohlen: Mit welcher Legitimation agieren die USA im Irak? Wenn der Irak schon nicht russisches Einflussgebiet ist, dann französisches!

Es besteht also bei einer weiteren Militarisierung der EU die Gefahr einer ökonomischen und politischen Neuaufteilung der Erde unter den Führungsmächten der Welt des "freien" Handels. Wobei sehr in Frage zu stellen ist, ob eine derartige Neuaufteilung die Erde friedlicher machen wird. Die EU muss ihre Stärke anders nutzen.

8. Das Modell der Zukunft kann nur lauten: Neue „terms of trade“ mit den 80 Prozent der ärmeren Saaten. Die EU ist in besonderer Weise gefordert.

Die Lage der Europäischen Union, wie der gesamten Erde, die Lage Deutschlands, auch politische Klugheit, verlangen eine andere Politik. Armut, Hunger, ökologische und Bildungs-Misere in den Entwicklungsländern verstärken sich. Auch in den sogenannten „entwickelten“, d.h. den Industrie-Ländern greift ein rascher Segregations-Prozess um sich.

Eine militärische „Gleichberechtigung“ der EU mit den USA kann nicht das Ziel einer auf allseitigen Interessenausgleich angelegten europäischen Sicherheitspolitik sein. Die immer mächtiger werdende EU sollte sich zügig von der Politikanlage der USA mit der „permanenten Intervention“ und mit ihrem Prinzip des „divide et impera“ abgrenzen und durch eine neue Entwicklungs- und Handelspolitik (Entwicklungshilfe, fairer Handel, Entschuldung etc.) eine andere Logik in den internationalen Beziehungen vorgeben. Dies entspricht den Erfordernissen einer Erde, auf der täglich mehr als 60.000 Menschen verhungern und weitere 25.000 Menschen allein infolge verunreinigten Wassers ihr Augenlicht verlieren, eher als Hochrüstung und Hegemonialpolitik. Und die EU-Staaten sind mit ihren traditionellen Verbindungen zu einer Vielzahl von Entwicklungsländern hierzu geradezu prädestiniert.

Der Hamburger Arbeitskreis Kriegsursachen-Forschung (AKUF) hat erarbeitet, dass 80 bis 90 Prozent aller Konflikte vornehmlich aus der ungleichen Verteilung des Reichtums auf der Erde entstehen. Hier könnte die EU der 500 Millionen DAS Politik-Modell der Zukunft werden. Während Rüstungsausgaben mittel-, wie langfristig unproduktiv, sicherheitspolitisch gar kontraproduktiv sind, sind Investitionen in neue Austauschverhältnisse, in eine nachhaltige Energiepolitik, in eine umfassende Bildungspolitik Investitionen in eine friedliche Zukunft. Das Gros der nationalen Rüstungsausgaben ist einzusparen, militärische Mittel sind einer (freilich zu reformierenden) UNO zu übermitteln. Rüstungsexport ist einzustellen. Die großen Agrarausgaben wie auch die sonstigen Abschottungsaufwendungen sind einer nachhaltigen neuen Arbeitsteilung mit den 80 Prozent der leistungsschwächeren Ländern zuzuführen. Damit aus 50 Jahren ohne Krieg in Europa ein erdumspannendes Modell fern einer „Festung Europa“ wird.

Johannes M. Becker ist Privatdozent für Politikwissenschaften und Geschäftsführer des Zentrums für Konfliktforschung (ZfK) der Philipps-Universität Marburg.